

LINKE Perspektiven auf die Deutsche EU-Ratspräsidentschaft vom 01.07. bis 31.12.2020

„In Wirklichkeit aber bietet die Corona-Krise eine außergewöhnliche Gelegenheit, neue Legitimation für unionsweite Kooperationsprojekte zu stiften und europäische Solidarität zu stärken. Die Fehler der Eurokrise, die die Mitgliedstaaten de facto auseinander trieb, dürfen hier nicht wiederholt werden. Stattdessen müssen die Kosten dieser Krise gemeinsam getragen und die Konsequenzen gemeinsam gezogen werden. Verfassungsrechtliche Anknüpfungspunkte gibt es auch hier: Art. 3 EUV formuliert das Ziel, das Wohlergehen der Völker der EU zu fördern, soziale Ausgrenzungen und Diskriminierung zu bekämpfen und soziale Gerechtigkeit zu fördern. Solidarität gilt als europäisches Verfassungsprinzip. Diese hehren Ziele sind in der Eurokrise kaum mit Leben gefüllt worden und stattdessen einer Logik der Schuldzuweisung gewichen. Nun aber geht es um die Folgen eines Virus, für das keinem die Schuld zugeschoben werden kann. Dies ist eine hervorragende Gelegenheit, Solidarität und soziale Gerechtigkeit in der EU mit neuem Leben zu füllen. Auch hier ist nichts zwangsläufig, aber vieles möglich, sofern es gelingt, ein politisches Bewusstsein zu stiften und einen politischen Willen zu stiften.“

Anuscheh Farahat aus: Wider die apokalyptische Sehnsucht
Ein Plädoyer für praktische Hoffnung in Zeiten der Krise¹

1. Ausgangslage: Aus dem Not-Programm-Krisenmodus in ein nachhaltig soziales Europa umsteuern

Der Virus „Alles muss sich rechnen“ war schon vor der Corona-Pandemie in der Welt. Kaputtgesparte und privatisierte Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge sind Folge europäischer Sparpolitiken und deren Verschärfung seit der Finanzmarkt-Krise 2008. Diese politische Weichenstellung, die die neue EU-Kommission - seit 2019 ergänzt um einen Green Deal und mehr militärisch gestützte Abschottung - de facto fortsetzen will, verschärft die derzeit entstandene Krisensituation in vielen Mitgliedstaaten. EU-Krisen-Kontingente, mit denen Ärzt*innen und Pfleger*innen zum Ausgleich von Unterkapazitäten rechnen könnten, existieren nicht.

Die Finanzkrise 2007/2008 hatte in EU-Europa „nur“ den Alltag ärmerer Menschen und vieler Jugendlicher in Südeuropa, besonders die Situation von Migrant*innen und Asylsuchenden aus Drittstaaten berührt, doch nie die ganze Gesellschaft. Mit der Pandemie ist es anders: Sie greift durch diverse Abstufungen von staatlich verordneten Ausnahmezuständen tief in den Alltag aller ein. Der Alltag selbst wird zum Ausnahmezustand. Der Kontrollverlust trifft Bürgerinnen und Bürger in gewisser Weise genauso wie Vertreter*innen von Regierungen und herrschenden Wirtschaftseliten. Ein Umdenken, was in unseren Gesellschaften systemrelevant ist, ist greifbar: Pflegekräfte, Kraftfahrer*innen, Verkäufer*innen, Kindergärtner*innen, Ärzt*innen und Reinigungskräfte sichern im Alltag entscheidende Lebensadern ab, selbst das Rückgrat eines Teils des wirtschaftlichen Geschehens, wie die Homeoffice-Erfahrungen vieler z. B. im Büro erledigten Tätigkeiten lehren. In den, derzeit für die unmittelbare Bewältigung der Corona-Krise akuten

¹ <https://verfassungsblog.de/wider-die-apokalyptische-sehnsucht/>, erschienen 1.4.2020/EN 2.4.2020

Berufsgruppen sind mehrheitlich Frauen und Migrant*innen beschäftigt, zusätzlich zu den offiziellen Arbeitsmärkten auch in länderübergreifenden informellen haushaltsnahen Dienstleistungen und Pflegediensten. Sie werden, bis auf wenige Qualifikationen, mehrheitlich sehr schlecht bezahlt oder wurden von akuten Hilfestrukturen oder Ausnahmen nicht erfasst.

Bis Mitte März 2020 hatte die Bundesregierung keine konkrete Planung für die EU-Ratspräsidentschaft ab Juli 2020 vorgelegt. Nun ist sie im Krisenmodus. Seit Mitte März schlug die Stunde nationaler Nothilfe-Programme auch in den Nachbarländern, weil es in einem Katastrophenfall an europaweiten solidarischen Mechanismen ganz offensichtlich mangelt. In der EU regierte wie immer die Binnenmarktbrille, so dass zuerst mit Hilfen für die Länder der Eurogruppe gestartet wurde: Die EZB-Chefin Lagarde informierte am 18. März 2020 über ein 750-Milliarden-Euro-Notfallprogramm (Pandemic Emergency Purchase Programme PEPP)², das sich mit anderen Programmen auf 1,1 Billionen Euro Kredithilfe summiert und bis Ende 2020 ausgelegt wurde.³ Dieses wichtige Investitions-Programm ersetzt jedoch keine fehlende Schutzflanke für die Staatshaushalte. In einem kurzen Brief⁴ forderten über 400 Akademiker*innen, dass sofort *Eurobonds* aufgelegt werden müssen, ein Finanzinstrument, das auch außerhalb eines jeden Krisenmodus' sinnvoll wäre. „*Using a eurobond, rather than individual countries raising finance through their own issue of debt, would bring down the overall cost of the enormous fiscal response to the coronavirus pandemic, the authors argue.*“ (dt.: Die Verwendung von Eurobonds anstelle dessen, dass einzelner Länder die Finanzmittel durch ihre eigene Verschuldung beschaffen, würde die Gesamtkosten der enormen finanziellen Reaktion auf die Coronavirus-Pandemie senken, argumentieren die Autoren - die Red.). Viele weitere Aufrufe folgten, nach dem an dieser Frage einmal mehr ein Regierungsgipfel am 26. März 2020 scheiterte. Diese aktualisierte europapolitische Forderung nach **Eurobonds hat auch die LINKE wieder aufgegriffen und sollte dies mit Nachdruck fortsetzen.** Damit ließe sich zugleich eine **grundsätzliche** und nicht nur im akuten Krisenmodus angewandte **Beendigung der Europäischen Schuldenbremse**⁵ in Form des Stabilitäts- und Wachstumspaktes im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft - und der damit verbundenen erhöhten Aufmerksamkeit für europapolitische Themen und Lösungen - in der politische Debatte verhandeln.

Mit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ab Juli 2020 rückt die Bugwelle an ungelösten gesellschaftlichen Herausforderungen, die mit der Corona-Krise verschärft werden, in den Fokus politischer Auseinandersetzungen. Die einfache Frage, wie eingangs erläutert: „**Was ist eigentlich systemrelevant?**“, wird derzeit auf (leeren) Straßen beantwortet. Und es ist letztlich nicht das eine *oder* das andere, ein gutes krisenfestes Gesundheitssystem, eine moderne Bildung *oder* eine boomende Wirtschaft sowie ein ausgebauter Sozialstaat, der Lebensrisiken wie Krank-

² https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2020/html/ecb.pr200318_1-3949d6f266.en.html

³ <https://www.zeit.de/wirtschaft/2020-03/coronavirus-krise-europaeische-zentralbank-notprogramm> und <https://www.ecb.europa.eu/press/blog/date/2020/html/ecb.blog200319-11f421e25e.de.html>, sowie:

⁴ <https://www.irishtimes.com/business/economy/academics-urge-eu-to-issue-eurobonds-to-aid-coronavirus-response-1.4209296> und <https://www.ft.com/content/12ca6b18-6abc-11ea-800d-da70cff6e4d3>

⁵ Es war im Wesentlichen der Stabilitätsmechanismus, der vor allem Südeuropäische Mitgliedsländer erst nach der Finanzkrise 2008 in eine Staatsschuldenkrise beförderte und damit eine heute sichtbare, bedrohliche Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge einleitete, die u. a. eine massive Jugendarbeitslosigkeit nach sich zog. Wir müssen und können aus linker Perspektive jetzt in der öffentlichen Debatte die ad-hoc-Stabilisierungsmaßnahmen, die aus der Corona-Krise helfen sollen, auch als notwendigen Teil einer nachhaltigen europäischen Politik beschreiben. Das von uns lang schon geforderte **Investitionsprogramm für einen sozial-ökologischen Umbau und eine starke öffentliche Daseinsvorsorge und eine damit verbundene hohe Integrationsfähigkeit europäischer Gesellschaften** muss auch in die Nothilfefonds und die Steuerung der Kreditvergabe eingeschrieben sein.

heit oder Arbeitslosigkeit auch für „atypische“ Beschäftigungsverhältnisse absichert, sondern alles zusammen. Die derzeitige Krisensituation zeigt, dass unsere hochkomplexen Gesellschaften nicht allein mit nationalstaatlichen Lösungen weiterkommen. Selbst ein europäischer Protektionismus gerät zum riskanten Bumerang, wenn lebenswichtige Wertschöpfungsketten von der Medizintechnik bis zur Pharmaindustrie nicht mehr regional ersetzt werden können.

Mit jedem gescheiterten Regierungsgipfel steht die Handlungsfähigkeit europäischer Gesetzgebungsstrukturen mit ihren Demokratiedefiziten auf dem Prüfstand und damit auch die entscheidende Frage nach Sanktionen bei Verletzung rechtsstaatlicher Prinzipien. Wenn die Einschränkung von Grundrechten im Ausnahmezustand Verhältnismäßigkeit außer Kraft setzt, wenn gewählte Parlamente einschränkt oder gar deren Entscheidungsbefugnisse außer Kraft gesetzt werden (Ungarn), ist die EU einmal mehr gefordert, ihre so oft beschworenen Werte-Gemeinschaft zu verteidigen. Von der Einstimmigkeit (ohne kleine Länder zu überstimmen) bis zu Sanktionen bei Verletzung der Rechtsstaatlichkeit, humanitärer Hilfe oder Beschneidung von Verfassungsorganen und Medien müssen sich auch Linke mit geeigneten Sanktionen befassen. Der **abgestufter Stimmrechtsentzug** im Rat, als Folge eines nach Art. 7 eröffneten Verfahrens, wird von uns mehrheitlich für sinnvoller erachtet als die Kappung von EU-Fördergeldern, so wie es derzeit beim Mehrjährigen Finanzrahmen diskutiert wird. Finanzielle Sanktionen bei Verletzung der Rechtsstaatlichkeit treffen am Ende nicht die Regierungen, sondern die Regionen.⁶ Auch das aktuelle Urteil des EuGH⁷ zum Bruch von EU-Recht durch Ungarn, Polen und Tschechien, die die Aufnahme von Asylsuchenden 2015 ablehnten, kann nicht, wie die bisher schon begangenen Verfassungsbrüche, ohne Folgen bleiben.

Im Mittelpunkt der Deutschen Ratspräsidentschaft wird der Abschluss des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021 - 2027 (MFR) stehen. Damit werden Weichenstellungen in allen europäischen Gesellschaften, ihre Zusammenarbeit mit Nachbarn, Drittstaaten und in der Entwicklungshilfe definiert. Letztlich wird mit dem MFR der soziale und wirtschaftlicher Zusammenhalt, das Verhältnis zu Umwelt und Klimawandel und die Rolle Europas in einer Welt für die kommenden Jahre in Zahlen gegossen. Mit dem **EZB-Nothilfe-Programm** einerseits und den ungelösten Konflikten der außerordentlichen Ratssitzung zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 - 2027 (20./21. Februar 2020) andererseits, besteht aus linker Perspektive die Chance, bisher geübte Grundsatzkritiken an den vorliegenden unzureichenden Zielsetzungen (Ökologie) oder falschen Schwerpunktsetzungen (Militarisierung), die die neue EU-Kommission bei Beibehaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes vorgeschlagen hat, durch alternative Vorschläge anzugreifen.

⁶ Auch wir diskutieren die Frage der geeigneten Sanktionen innerhalb der Delegation kontrovers und haben dies auch schon innerhalb der Runde der Europapolitischen Sprecher*innen gemeinsam mit der Bundestagsfraktion erörtert. Diese Fragen sollten im PV rechtzeitig ausdiskutiert und entschieden werden.

⁷ <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/eugh-polen-ungarn-und-tschechien-haben-eu-recht-gebrochen-16708248.html>

2. Auf welche laufenden Prozesse trifft die deutsche EU-Ratspräsidentschaft unabhängig der politischen Lösungen der Corona-Krise?⁸

- 1. Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen der EU (MFR) für die Jahre 2021-2027:** Möglicherweise stärkt die dramatische Krise die Position der Länder, die sich nicht als Sparkommissare positioniert haben, sondern auf nur wenige Brexit-bedingte Kürzungen bei der EU-Struktur- und Förderpolitik setzen. Dies sollte linke Unterstützung in vollem Umfang haben, genau wie die Gegenwehr zum Europäischen Verteidigungsfonds und andere Fehlpriorisierungen, die durch die neue Kommission gesetzt wurden.
- 2. Die Verhandlungen über die Beziehungen / ein Handelsabkommen zwischen der EU und Großbritannien:** muss bis 31. Dezember 2020 gelingen, Scheitern nicht ausgeschlossen.
- 3. Der „Green Deal“ der EU-Kommission⁹: Klimagesetz¹⁰ liegt als Verordnungsentwurf vom 4. März 2020 vor¹¹** Ein Plan für die Reduktion der Emissionen bis 2030 um bis zu 55% folgt.¹² Die Umsetzung des Just Transition Funds (im Rahmen des MFR) steht auf der Agenda. Mit Vorarbeiten aus industriepolitischer Perspektive (Cornelia Ernst) und der aktuellen Schattenberichterstattung zum Transition Fonds aus regionalpolitischer Sicht (Martina Michels) sind alle Fachinformationen und Kritik ausgearbeitet und gut nutzbar.¹³
- 4. Ausbleibende Lösungen einer europäischen Asyl- bzw. Flüchtlings- und Migrationspolitik:** Mit der neuen EU-Kommission wurde ein „neuer Pakt für Asyl und Migration“ aufgelegt, der jedoch die Aufstockung für Frontex beinhaltet. Für April/Mai 2020 sind Vorschläge für „einen Neustart für das Gemeinsame Europäische Asylsystem“ (GEAS) angekündigt.¹⁴ **Darauf sollten wir als LINKE drängen! Hier muss etwas vorgelegt werden, besonders weil dieses Politikfeld gerade medial ausgeblendet wird.**

⁸ siehe: Referentenentwurf von Björn Aust, Linksfraktion, Skript vom 10.3.2020

⁹ Vgl. Ursula von der Leyen 2019, Eine Union, die mehr erreichen will. Meine Agenda für Europa. Politische Leitlinien für die künftige Europäische Kommission, https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/political-guidelines-next-commission_de.pdf

¹⁰ hier Kritik am Klimagesetz von Cornelia Ernst: <https://www.dielinke-europa.eu/de/article/12635.klimagesetz-zum-green-deal-note-mangelhaft.html>

¹¹ Bereits im Dezember 2019 veröffentlichte die Kommission ihre Mitteilung zum Green Deal, die ca. 50 Maßnahmen enthielt und in der weitere Initiativen zur Schaffung der Klimaneutralität angekündigt wurden. Am 14. Januar 2020 legte sie einen Investitionsplan für den Green Deal sowie einen Verordnungsvorschlag für den Just Transition Funds (JTF) vor, der wirtschaftliche und soziale „Härten“ der ökologischen Transformation abfedern soll.

¹² Am 4.3.2020 stellte die Kommission ihren Entwurf für das „Klimagesetz“ vor, KOM (2020) 80 final, Vorschlag für eine Verordnung zur Schaffung des Rahmens für die Klimaneutralität, https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/commission-proposal-regulation-european-climate-law-march-2020_de.pdf Siehe dazu u.a. FAZ 4.3.2020, Mehr Macht für Brüssel beim Klimaschutz; Süddeutsche Zeitung (SZ) 5.3.2020, Klimagesetz enttäuscht Thunberg und die Industrie; die tageszeitung (taz) 4.3.2020, Der Green Deal schrumpft zu einem Dealchen.

¹³ siehe z. B. <https://www.dielinke-europa.eu/de/article/12605.was-kann-der-just-transition-fonds-bringen.html> und <https://www.dielinke-europa.eu/de/article/12627.konferenzbericht-europäische-industriepolitik-ein-weg-für-den-green-new-deal.html>

¹⁴ Bericht aus Brüssel 2.3.2020, Erste Überlegungen zu einem Neuen Pakt für Migration und Asyl der Kommission. Referat PE 4, Bericht aus Brüssel 4/2020, hier: S. 2-5.

3. Was hatte sich die Bundesregierung bisher auf ihre Agenda gesetzt?

„Die Bundesregierung hat zwar mittlerweile (am 28.2.) eine Stellungnahme zum Arbeitsprogramm der Kommission verfasst, in der sie die Schwerpunkte der Kommission im Wesentlichen begrüßt.¹⁵ Für die Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft lassen sich daraus jedoch keine endgültigen Schlüsse ziehen.“, wurde im Referentenentwurf unserer Bundestagsfraktion, die auch durch Anfragen Licht ins Dunkel bringen wollte, festgehalten.¹⁶ Schwerpunkte, die bisher in Interviews mit Regierungsvertretern - über die laufende Bearbeitung der unter 2. genannten politischen Entwicklungen - genannt wurden:

—> EU -Digitalstrategie

Eine Digitalstrategie liegt vor.¹⁷ Jetzt geht es an die Ausarbeitung eines Rechtsakts zu digitalen Dienstleistungen im Zeitraum der deutschen Ratspräsidentschaft. Die Fixierung auf Hochrisiko-KI ist ein Problem, der viele linke Zugänge einmal mehr ausblendet: **Zugang aller zu digitaler Kommunikation und Information**, auch angesichts der Corona-Krise (digitale Bildung, Neuorganisation des öffentlichen Lebens, europaweit hier auch: Umsetzung der Urheberrechtsreform bis Mai 2021, wozu wir eine eigenen Plattform anstelle von Konferenzen planen), Ausbau von Infrastruktur, Datenschutz und Rechte basierte KI - im Job und überhaupt (ebenso während und nach Corona-Krisen-Management wichtig).

—> Wirtschaft im Dienste des Menschen

Stärkung der Europäischen Säule Sozialer Rechte (ESSR) und Abschluss sozial- und arbeitsmarktpolitischer Initiativen der Kommission, im 3. oder 4. Quartal: **Mindestlohn-Regelungen, Gleichstellung und Mindestsicherung**. Auch ein strategisches Thema für linke Politik, mit und nach Corona-Krise ganz besonders.

—> Ein stärkeres Europa in der Welt

Die Bundesregierung stützt den Militarisierungskurs der EU (siehe auch Punkt 2. 1): Fehlpriorisierungen im MFR, was wir grundsätzlich von links angreifen bis zur **vertraglich nicht gedeckten Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds**.

Wichtige Termine innerhalb der Globalstrategie der EU:

13.-15. September 2020 - EU-China-Gipfel

EU-Afrikanische Union (AU)

Fortsetzung EU-Beitrittsprozess

—> Neuer Schwung für die Demokratie in Europa

Wie weiter mit der **Zukunftskonferenz der Kommission**?¹⁸ (Ansprechpartner in der Delegation ist hier Helmut Scholz).

¹⁵ Stellungnahme der Bundesregierung zum Arbeitsprogramm der Kommission, BReg.-Dok.68/2020, <http://eudoxap01.bundestag.btg:8080/eudox/dokumentInhalt?id=240642>

¹⁶ siehe auch Fußnote 4 - Referentenentwurf, Björn Aust, Skript 10.3. siehe Hintergrundpapiere

¹⁷ Hier alle Dokumente und eine erster Kommentar von Martina Michels: <https://www.dielinke-europa.eu/de/article/12629.probleme-erkannt-doch-keine-lösungen-benannt.html>

¹⁸ <https://www.dielinke-europa.eu/de/article/12592.eu-zukunftskonferenz-chance-verspielt.html>

4. Schlussfolgerungen - strategische Schwerpunkte

Welche parlamentarischen Initiativen auf Landes-, Bundes- und Europäischer Ebene zu den Einzel-Vorhaben möglich sind, ergibt sich aus den bisherigen (noch vagen) Schwerpunktsetzungen. Dies war und wird auch Gegenstand der FVK-Beratungen sein.

Friedliches Europa: Kritik am Lissabon-Vertrag war bei der Ratspräsidentschaft 2007 ein Alleinstellungsmerkmal der LINKEN. Heute verteidigen wir Teile des Vertrags, zum Beispiel jene, die einen Europäischen Verteidigungsfonds nicht zulassen. Dazu haben wir ein entsprechendes Gutachten aus der vorangegangenen Legislatur¹⁹, das wir in den Haushalts-Verhandlungen zum MFR hochhalten werden. **Die von uns ablehnte Aufrüstungs-Priorisierung durch die EU-Kommission findet durch die Folgen der die Corona-Krise, bei der dringende zivile Investitionen für alle Menschen offensichtlich sind, möglicherweise mehr offene Ohren.**

Ökologisches Europa: Beim Green New Deal werden wir eher „nur“ fachpolitisch Akzente setzen (industrielle- und regionalpolitisch: Ernst/Michels). Jedoch sollten wir bei der gesamtwirtschaftlichen Steuerung aus dem aktuellen Krisenmodus heraus die **Eurobonds nicht nur als finanzpolitisches Notfall-Instrument begründen**. Die gesamtwirtschaftliche (Fehl-)Steuerung können wir prominent durch den von der LINKEN gestellten Co-Fraktionsvorsitzenden Martin Schirdewan in die Öffentlichkeit bringen. Diesen Vorteil sollte DIE LINKE beherzt nutzen, wenn dadurch die europapolitischen Debatten mit der EU-Ratspräsidentschaft stärkeres mediales Interesse insgesamt bekommen. **Die Kritik am wenig ambitionierten Green-Deal der EU sollten wir dabei aufrechterhalten und auch gegen Marktsteuerungen bei großen gesellschaftlichen Herausforderungen und für entsprechende politisch intendierte Investitionsprogrammen für einen sozial-ökologischen Umbau - auch nach der Corona-Krise - eintreten.**

Soziales/feministisches Europa: Mindestlöhne, Einkommenssicherung für alle ist ein Thema, das weit über den aktuellen Krisenmodus hinausreicht. Es ist innerhalb der Ratspräsidentschaft ohnehin Thema, also müssen wir hier vorlegen, **ohne die soziale Frage dabei einzuengen**. Wer in systemrelevanten Berufen derzeit - in einer Ausnahmesituation - arbeitet, wird nicht so schnell vergessen sein: viele **Frauen, Migrant*innen, schlecht bezahlt**, so dass mehr wirksame Gleichstellungspolitik und soziale Integration einen enormen Stellenwert in kommenden politischen Herausforderungen einnehmen müssen. Dabei sollten wir auch das Feld der haushaltnahen Dienstleistungen im Blick haben, eine Domäne von Migrant*innen mit fragwürdigen Absicherungen und Vertragssituationen als Clickworker*innen.

Auch ein Mehr an **Europäischer Politik und Kooperation im Krisenfall**, dies zeigt die Corona-Krise schon jetzt empfindlich, muss aktiviert werden. (Ausrüstungsressourcen, solidarischer Einsatz von Ärzt*innen und Pfleger*innen, mehr Arbeitsschutz europaweit usw.)

Demokratisches Europa I:

Mit der Corona-Krise ist die Grundrechtssicherung einmal mehr massiv in der Debatte. Hier sollte sich LINKE in und nach Zeiten eingeschränkter Streiks, der Arbeit von Notparlamenten oder der Debatte um freiwillige Tracking-Apps und Datenschutz²⁰ einmischen. Wir haben hier sowohl durch die Mitregierung in den Landtagen, Positionen der Bundestagsfraktion, aber auch im Euro-

¹⁹ <https://www.dielinke-europa.eu/de/article/12113.rechtsgutachten-bestatigt-europaischer-verteidigungsfonds-ist-illegal.html>

²⁰ <https://netzpolitik.org/2020/corona-tracking-datenschutz-kein-notwendiger-widerspruch/>

parlament, Kompetenzen und gute Kontakte zu NGOs, Demokratiebewegungen, die wir in der Debatte nutzen können.

Es ist derzeit unklar, ob der von den Regierungen aus mehr oder weniger erfolgreiche Umgang mit der Pandemie ein Erstarren der Demokratien in den einzelnen Ländern und für Europa mit sich bringt sowie rechtspopulistische Kräfte in der Hochzeit der Entscheidungsfindung und -durchsetzung entlarvt und schwächt. Noch wichtiger wird es auf alle demokratischen Kräfte nach dem Überstehen der schlimmsten Wellen ankommen, wenn viele, sozial nicht oder schwach Abgesicherte in die völlige Armut abrutschen, Kreditraten-, Mietenzahlungs- und andere Stundungen aufgehoben werden, reihenweise kleine Existenzen vernichtet wurden, und eine geschwächte Wirtschaft nur sehr langsam wieder in Gang kommt.

Ausbleibende Eurobonds lassen derzeit schon die Zustimmung zur EU in Italien auf ein Rekordtief von 35 % sinken und dann ist die Stunde der autokratischen Lösungen und derer, die einfache Erklärungen propagieren, nicht weit. **Der politische Preis gegen solidarische Lösungen in der Europapolitik ist enorm hoch und genau hier sollten wir der Bundesregierung den Spiegel vorhalten.**²¹

Demokratisches Europa II:

Der Stellenwert von Bildung, Kultur, Zugang zu Information, Wissen, Unterhaltung - auch um Zukunftsfragen zu wälzen - ist derzeit im Alltagsleben aller klar und präsent. Das könnten wir nutzen, um diese Trennung von harten und weichen, wichtigen und weniger wichtigen Politikfeldern aufzuheben. Nicht nur das Ausbluten eines privatisierten Gesundheitssystems, was uns aktuell auf die Füße fällt, auch die chronische Unterfinanzierung von Bildung, Kultur, Hochschulen usw. und die vielen prekären Arbeitsverhältnisse in diesen Branchen fallen uns jetzt und auch in den kommenden Monaten auf die Füße, wenn hier Rettungsschirme und Notfall-Programme nicht gegriffen haben bzw. sicher nicht ausreichend sein können.

Schluss:

Unser **Vorschlag der Europapolitischen Aktionswoche** könnte im zweiten Halbjahr mit den hier angerissenen Themen nochmals aufgegriffen werden. Angesichts der aktuellen Situation könnte hier auch eine **Online-Plattform entwickelt werden, die politische Vorhaben, Aktionen und Ideen sammelt und bei einer erworbenen Sende-Lizenz wie ein Programm/Kanal mit eigenen Kommunikationspotenzen, Veranstaltungskalender u. ä. funktioniert.**

Hier könnte DIE LINKE Kommunikationsformen ausprobieren, die auch nach der aktuellen Ausnahmesituation Bestand haben.

²¹ <https://www.sueddeutsche.de/politik/coronavirus-populismus-covid-19-1.4848247>